

# MICHAEL SCHUMANN

## Politik und Ideologie. Wandlung im ideologischen Selbstverständnis der Bundesrepublik

I

Zu Beginn des »Superwahljahres« 1998 beschäftigt sich die PDS erneut mit einem zentralen programmatischen Thema: dem Verhältnis von Sozialismus und Demokratie, von Sozialismus und Rechtsstaatlichkeit. Der Zeitpunkt unserer Tagung entspringt nicht wahltaktischem Kalkül. Gleichwohl ist das Thema von hoher politischer Aktualität. Gerade ist in Bonn durch eine sicherheitspolitische Große Koalition aus Neokonservativen und Sozialdemokraten die Einführung des Großen Lauschangriffs beschlossen worden. Kritiker sprachen von einem schwarzen Tag für die Grundrechte. Es ist auch ein schwarzer Tag für die Demokratie und die Verfassung. Denn die Demokratie lebt von den Grundrechten und der Bereitschaft der Menschen, sie wahrzunehmen und zu verteidigen, und unsere Verfassung ist aus guten Gründen grundrechtszentriert. Vor lauter Bäumen sollte man den Wald – sprich die rechts- und verfassungspolitische Entwicklungstendenz – nicht übersehen. Und diese Tendenz besteht – wie Gregor Gysi in der Bundestagsdebatte betonte – in der beunruhigenden Tatsache, daß in der Bundesrepublik seit Jahren nur noch über die Einschränkung von Rechten unterschiedlichster Art verhandelt wird und ihre Erweiterung, ihr Ausbau für die maßgebenden politischen Kräfte kein Thema ist. Es gibt nur noch eine Standortkonkurrenz, keinen Wettbewerb um mehr Demokratie und um die Ausgestaltung von Rechten, zum Beispiel sozialer Art. Auch der Angriff des BDI-Präsidenten Henkel auf die Tariftreue – noch vor kurzer Zeit in dieser Offenheit unvorstellbar – signalisiert, daß Fundamente der Demokratie nicht mehr tabu sind. Die jüngste Entscheidung zur Verjährungsverlängerung und der höchst problematische Umgang mit dem strafrechtlichen Rückwirkungsverbot des Grundgesetzes in der Rechtsprechung gegen ehemalige Funktionsträger der DDR zeigen an, daß man um politischer Ziele willen bereit ist, selbst heilige Kühe des Rechtsstaates zu schlachten.

Es gibt also hinreichend aktuelle Anlässe, sich mit dem Zustand der Demokratie und des Rechtsstaates in Deutschland auseinanderzusetzen.

Der Ausgangspunkt für die Entscheidung, diese Tagung zum Thema »Das Verhältnis des Sozialismus zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Geschichte und Gegenwart« zu veranstalten, waren aber erst in zweiter Linie aktuelle politische Entwicklungen, die freilich von vornherein einbezogen werden sollten. Es ging und

Michael Schumann – Jg. 1946, Prof. Dr. phil., Mitglied des Parteivorstandes der PDS, Abgeordneter des Brandenburgischen Landtages (PDS).

geht den Initiatoren vor allem um einen Beitrag zur programmatischen Debatte der PDS. Die wirksame Auseinandersetzung mit dem politischen Geschehen verlangt immer aufs neue die Entwicklung und Präzisierung eigener Beurteilungsmaßstäbe. Von dieser Aufgabe sollten wir uns auch und gerade im Jahr der Bundestagswahl nicht suspendieren. Im übrigen war es Konsens bei der Beschlußfassung über das geltende Parteiprogramm auf dem 3. Parteitag im Januar 1993, daß die Diskussion über Programmfragen eine permanente Aufgabe darstellt. Nicht zuletzt die Tatsache, daß es mit dem zu Beginn des vorigen Jahres erschienenen »Programmkommentar« – trotz der vielfachen und überwiegend positiven Resonanzen – nicht gelungen ist, die programmatische Debatte in der Gesamtpartei spürbar zu beleben, muß uns zu verstärkten Anstrengungen auf diesem Felde veranlassen. Eine Vernachlässigung der programmatischen Arbeit führt unweigerlich zur Infragestellung des erreichten Standes der Erneuerung der PDS, zu gravierenden Differenzen im Herangehen an politische Grundfragen und in der Konsequenz zur politischen Selbstblockade.

Mit der Diskussion programmatischer Fragen bewegen wir uns weitgehend auf der Ebene der ideologischen Auseinandersetzung, der Auseinandersetzung über die politisch-strategische Relevanz theoretischer und historischer Erkenntnisse. Solche Auseinandersetzungen werden gelegentlich als nutzlose Spiegelfechtereien abgetan, die von unseren politischen Aufgaben ablenken würden. Es ist bezeichnend, daß dieser Vorwurf von zwei Seiten erhoben wird: Man hört ihn von Protagonisten einer vorgeblich rein sachorientierten und unideologischen »Realpolitik« ebenso wie von denjenigen, deren politische Artikulation sich auf eine rein emotionell geprägte Haltung des Widerstands gegen die herrschenden Verhältnisse reduziert. Es handelt sich um zwei Seiten derselben Medaille.

In Wirklichkeit stellen das Ringen um programmatische Klarheit einerseits und politischen Realismus bzw. politische Wirksamkeit andererseits keine Alternativen dar. Sie bedingen sich vielmehr. Und spätestens dann, wenn wieder einmal das ungeklärte Verhältnis zur eigenen Geschichte uns irgendwo die politische Rechnung zu durchkreuzen droht, wird der Zusammenhang offensichtlich und rächt sich das unreife Niveau programmatischer Basisarbeit, ideologischen Streits und politischer und historischer Bildung.

Die Existenzberechtigung und Identität einer sozialistischen Partei gründen langfristig nicht nur in einer gelingenden Verständigung über spezielle und aktuelle politische Positionen.

Abgesehen davon, daß solche Verständigung letztlich ohne den Konsens auf programmatischer Ebene gar nicht gewährleistet werden kann: Die Perspektive einer sozialistischen Partei, deren Politik einem gesellschaftskritischen Ansatz verpflichtet ist, hängt in besonderem Maße von der Fähigkeit ab, ihre programmatische Plattform zeitgemäß weiterzuentwickeln und den Menschen Antworten anzubieten auf sie immer mehr bewegende grundlegende Gegenwarts- und Zukunftsfragen unserer Gesellschaft. Man kann über den Ideologie-Begriff trefflich streiten, aber die Auseinandersetzung um solche Antworten, der Streit über die Bedeutung philosophischer, sozialwissenschaftlicher und historischer Erkenntnisse

und moralischer Wertungen für ihre strategisch-politische Orientierung stellt eine spezifische und unverzichtbare Form des Wirkens einer sozialistischen Partei dar, die man meines Erachtens – anknüpfend an die marxistische Tradition – mit guten Gründen ideologisch nennen kann.

## II

Die Warnungen vor einer Ideologisierung unserer Politik sind aus dieser Sicht mit Vorsicht zu genießen. Sie entspringen meist der Erfahrung des »gebrannten Kindes«, der Erinnerung an die ideologische Gängelung, an die Fesselung selbstverantwortlichen politischen Bemühens durch die das Wahrheitsmonopol beanspruchende Staatspartei SED. Aber das Problem der parteikommunistischen und staatssozialistischen Tradition bestand nicht schlechthin in dem Bestreben einer ideologischen Rückbindung und Legitimierung von Politik. Das Problem bestand in diesem Zusammenhang vielmehr in der aus machtpolitischem Interesse betriebenen Entdifferenzierung der drei gesellschaftlichen Teilbereiche: wissenschaftliche Theorie, Ideologie und Politik. Im erwähnten Kommentar zur Programmatik der PDS ist ein Angebot zur Diskussion auch dieses Themas unterbreitet und eine differenzierende Interpretation dieser dreistelligen Relation in Auseinandersetzung mit der Marxismus/Leninismus-Dogmatik versucht worden, die ich hier aus Zeitgründen nicht rekapitulieren kann.<sup>1</sup>

Die im Rahmen der sozialistisch-kommunistischen Tradition lange Zeit vorherrschende Sicht auf das Verhältnis von Theorie, Ideologie und Politik hatte jedenfalls mindestens drei problematische Konsequenzen: Sie implizierte *erstens* die Verschmelzung des theoretischen Diskurses mit Prozessen des ideologischen Hegemoniestrebens und der strategischen Handlungsanweisung und eröffnete so die Möglichkeit für die Unterordnung der Theorie unter ein machtpolitisches Primat. Sie führte zur ideologischen Herrschaft der politischen Führung über die Theorieentwicklung, womit die Theorie als kritisches Ferment der sozialistischen Bewegung entwertet wurde. Dies bedeutete sowohl eine Blockade des theoretischen Fortschritts als auch den Verlust der Fähigkeit und Bereitschaft, theoretische Innovationspotentiale als Quelle politischer Erneuerung zu nutzen. *Zweitens* hat die dogmatische parteikommunistische Interpretation des Verhältnisses von Ideologie und Politik bei der ideologischen Formierung »von oben« angesetzt und damit die Politik in das Prokrustesbett eines »ideologischen Plans« gezwängt. Die so erzwungene starre ideologische Bindung der politischen Praxis bedeutete die funktionale Entdifferenzierung des ideologischen und politischen Bereichs mit der Folge einer weitgehenden Negierung der Eigengesetzlichkeit und des Eigenschöpferischen der Politik. Der Rechtstheoretiker wird analoge Folgen hinsichtlich des Rechts konstatieren. Und *drittens* hat schließlich diese machtpolitisch inspirierte spezifische Ideologisierung der wissenschaftlichen Theorie einerseits und der politischen Praxis und des Rechts andererseits zu einer nachhaltigen Diskreditierung des Ideologischen selbst geführt.

Wir sollten daraus nicht auf die politische Entbehrlichkeit von

Ideologie schließen. Davon sind auch andere politische Kräfte weit entfernt. Ich stimme Uwe-Jens Heuer zu, wenn er betont, daß politisch-strategische Zielstellungen unterschiedlichster Art in der Gesellschaft mit dem Massenbewußtsein über eine Bündelung von Aussagen und Wertungen ideologischen Charakters verbunden sind.<sup>2</sup> Die Politik hat es notwendigerweise mit den »sinnstiftenden« Unternehmungen der Gesellschaft, mit den in der Öffentlichkeit existierenden Wertvorstellungen, geistigen Orientierungen und Traditionen zu tun. Alle diese »ideologischen Faktoren« vermitteln die Entstehung und Entwicklung gesellschaftlicher Willensverhältnisse, die zu dominieren Macht bedeutet. Die Politik kann die »ideologischen Mächte« einer Gesellschaft nicht ignorieren, wenn sie sich nicht zur völligen Wirkungslosigkeit verurteilen will. Sie muß sie in Rechnung stellen, zu beeinflussen suchen und verkörpern. Sie wird damit selbst zur »ideologischen Macht« und transformiert so zugleich das Ideologische in einen Faktor des politischen Lebens. In der marxistischen Tradition hat insbesondere Antonio Gramsci diese dialektische Identität von Ideologie und Politik thematisiert und besonders tief ausgelotet. Im Resultat der mehrhundertjährigen Geschichte der bürgerlichen Emanzipation, in welcher die kulturell-ideologischen Bewegungen der protestantischen Reformation und europäischen Aufklärung Massencharakter angenommen hatten, entstand eine »integrale Kultur«, die eine spezifische Einheit von herrschender Weltanschauung und Lebensweise der Menschen – und von daher politische Macht – begründete. Gramsci schreibt: »Das Problem der Religion, verstanden nicht im Sinne eines Bekenntnisses, sondern im laizistischen Sinne der Einheit von Weltanschauung und Norm der Lebensführung: Warum sollte man das ›Religion‹ und nicht Ideologie oder geradezu ›Politik‹ nennen?«<sup>3</sup>

Die zentrale Frage der Politik, die Machtfrage, stellte sich für Antonio Gramsci vor allem als Aufgabe der Erringung der kulturell-ideologischen Hegemonie bzw. der Schaffung einer neuen »integralen Kultur«. Ohne die Bedeutung des staatlichen Zwangs für die politische Macht zu negieren oder auch nur zu unterschätzen, hat Gramsci die dialektische Identität von Politik und Ideologie als das zentrale Problem der politischen Macht unter den Bedingungen des westeuropäischen Kapitalismus akzentuiert. Diese Sicht der Dinge schließt die Erkenntnis ein, daß sich die ideologische Begründung resp. Legitimation der Politik nicht aus den ideologischen »Vorgaben« einer sich als Avantgarde verstehenden bürokratischen Herrschaftsschicht herleiten kann. Das Ideologische hat einen echten und rechtfertigbaren Begründungscharakter gegenüber der Politik letztlich nur dann, wenn und insofern es selbst – als lebensweltliche kulturell-ideologische Identität – die Willensverhältnisse der Menschen in der Alltagspraxis formt und verkörpert und also – zumindest der Potenz nach – selbst politisch ist.

In diesem Sinne muß die herrschende Politik Furcht vor dem ideologischen Vakuum haben, denn es bedeutet unweigerlich die Infragestellung ihrer Dominanz der gesellschaftlichen Willensverhältnisse. Ungeachtet aller Verkündungen über das Ende des Zeitalters der Ideologien treibt daher der horror vacui die Bemühungen

um die (Re-)Ideologisierung der deutschen Gesellschaft an. Sie wird – nicht zu Unrecht – geradezu als politische Existenzfrage apostrophiert. Die PDS betriebe ihre eigene politische Entwaffnung, würde sie die Bedeutung ideologischer Auseinandersetzungen in der Gesellschaft der Bundesrepublik für die Veränderung politischer Kräfteverhältnisse geringschätzen oder gar negieren.

### III

Das betrifft natürlich auch das Feld der Auseinandersetzung um Grundfragen des Staats- und Demokratieverständnisses. Die PDS hat das Verhältnis zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stets als zentrale Frage ihrer sozialistischen Erneuerung betrachtet. Am Beginn des Erneuerungsprozesses stand das Bekenntnis zu den Forderungen der Volksbewegung des Herbstes 1989 nach Demokratisierung von Staat und Gesellschaft und rechtsstaatlichen Gewährleistungen für die Bürgerinnen und Bürger der DDR. Die anfänglich demokratische Stoßrichtung der Volksbewegung, als deren Teil wir uns empfanden, eröffnete uns die Chance des radikalen Bruchs mit dem undemokratischen Partei-, Staats- und Politikverständnis der SED. Wir bemühten uns um eine Neuaneignung demokratisch-sozialistischer Traditionsbestände und entwickelten schließlich eine programmatische Plattform der Einheit von Sozialismus und Demokratie. Im Parteiprogramm haben wir formuliert: »Eine demokratische sozialistische Gesellschaft, nicht bestimmt vom Profitprinzip, kann nur auf den gemeinsamen Anstrengungen unterschiedlicher sozialer und politischer Kräfte basieren, oder sie muß untergehen. Sie braucht die Austragung der realen Widersprüche, Kompromiß und Konsens, Toleranz und demokratische Offenheit in einem pluralistischen Prozeß politischer Willensbildung.«<sup>4</sup>

Kennzeichnend für den programmatischen Standort der PDS ist die Definition der gesellschaftlichen Großprobleme unserer Zeit – Frieden, (neue) soziale Frage, Unterentwicklung, ökologisches Gleichgewicht, Rechte der Frauen – als aufeinander bezogene Menschenrechtsfragen. Sozialismus als Wertorientierung, Weg und Ziel bedeutet für uns in erster Linie eine politische und geistige Bewegung des Ringens um eine sozialökonomisch, ökologisch und antipatriarchal fundierte Demokratie. Bei allen Widersprüchen und selbst Konflikten im einzelnen: Das sind Grundpositionen, die das politische Handeln der PDS bestimmen, Maßstäbe, an denen in dieser Partei auch das Wirken ihrer Bundestagsabgeordneten, Landtagsfraktionen und über 6000 kommunalen Mandatsträger gemessen wird. Es spricht nicht für die politische Kultur und die Verwurzelung demokratischer Tugenden in diesem Land, wenn eine Partei dieser politischen Orientierung von ausnahmslos allen anderen Parteien offiziell als Gefahr für die Demokratie denunziert und als Angelegenheit der Sicherheitsbehörden einsortiert wird.

Von der demokratischen Normalität Europas sind wir noch ein gutes Stück entfernt – und dies zu einem Zeitpunkt, wo diese Normalität längst von ganz anderen Faktoren und politischen Kräften in grundsätzlicher Weise in Frage gestellt wird.

Die Fundamente und die Perspektive einer demokratischen und

rechtlichen Ordnung werden in erster Linie durch die herrschende neokonservative Politik bedroht, einer Politik, die ihre Anpassungsübungen an durch Gestaltungsverzicht erst konstituierte »Zwänge« der Globalisierung als Gestaltungs- und Reformleistungen anpreist, einer Politik, die dazu führt, daß politische Gestaltungsmacht von den demokratischen Institutionen wegdelegiert und zu mächtigen wirtschaftlichen Interessengruppen verlagert wird. Das Ergebnis ist die schleichende Entmachtung demokratisch legitimer Politik und ihre zunehmende Unfähigkeit, den gesellschaftserodierenden Auswirkungen der kapitalistischen Weltmarktwirtschaft beizukommen.

Und von der Erosion der Gesellschaft muß man sprechen. Das ist keine linke Schwarzmalerei. Kein geringerer als Ralf Dahrendorf konstatiert »Tendenzen der Anomie ..., die Recht und Ordnung gefährden, indem sie den sozialen Zusammenhalt auflösen.«<sup>5</sup> Diese Entwicklung – von Dahrendorf als »Geißel der Moderne«<sup>6</sup> apostrophiert – ist nicht die unabwendbare Folge eines gesellschaftlichen Naturgesetzes. Sie liegt allerdings in der Konsequenz der neokonservativen Antwort auf den grundlegenden Wandel der modernen kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Jürgen Habermas schreibt in diesem Zusammenhang: »Die neokonservative Politik hat eine gewisse Chance der Durchsetzung, wenn sie in jener zweigeteilten segmentierten Gesellschaft, die sie zugleich fördert, eine Basis findet. Die ausgegrenzten oder an den Rand gedrückten Gruppen verfügen über keine Vetomacht, da sie eine ausgehaltene, aus dem Produktionsprozeß ausgegliederte Minderheit darstellen. Das Muster, das sich im internationalen Rahmen zwischen den Metropolen und der unterentwickelten Peripherie mehr und mehr eingespielt hat, scheint sich im Innern der entwickeltesten kapitalistischen Gesellschaften zu wiederholen: Die etablierten Mächte sind für ihre eigene Reproduktion auf die Arbeit und Kooperationsbereitschaft der Verarmten und Entrechteten immer weniger angewiesen. Allerdings muß sich eine Politik nicht nur durchsetzen können, sie muß auch funktionieren. Eine entschlossene Aufkündigung des sozialstaatlichen Kompromisses müßte aber Funktionslücken hinterlassen, die nur durch Repression oder Verwahrlosung geschlossen werden könnten.«<sup>7</sup>

Dieses Zitat stammt aus dem Jahre 1990. Mittlerweile ist längst absehbar geworden, daß sich die herrschende Politik mit Massenarbeitslosigkeit und neuer Armut abgefunden hat. Einer immer größer werdenden Minderheit brechen die Grundlagen einer sozial einigermaßen gesicherten Existenz – geschweige denn eines Lebens in Wohlstand – weg. Damit aber sind schwere sozialpsychische Defizite vorprogrammiert. Mit der Ausgrenzung aus dem Reproduktionsprozeß und damit verbundenen Sozialbindungen geht nicht nur ein Verlust von Gestaltungskraft, sondern von Selbstbewußtsein und demokratischem Gestaltungswillen einher. Hier liegen wesentliche Ursachen der grassierenden sogenannten »Politikverdrossenheit«. Die andere Seite der Medaille ist der Ausschluß von immer mehr Menschen vom Zugang zu kulturellen Leistungen und Beteiligungsmöglichkeiten, ihre Überantwortung an eine nivellierende und manipulierende reine »Zeitvertreibsindustrie«.

Habermas' Wort von der »Verwahrlosung« beschreibt nicht eine dunkle Perspektive, sondern einen Prozeß, der längst in gang ist. Läßt sich aber eine zunehmend »verwahrlosende« Gesellschaft auf Dauer noch demokratisch regieren? Allein, daß unter den heutigen Bedingungen vielen diese Frage berechtigt und plausibel erscheint, verweist auf die fundamentale Gefährdung der Demokratie. Ich weiß nicht, ob Dahrendorfs Plädoyer für eine Verknüpfung von Flexibilität und Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Solidarität, Unternehmertum und institutionellen Bindungen eine realistische Perspektive beschreibt, so wünschenswert sie mir zu sein scheint. Seine Feststellung aber, daß es einer Alternative bedarf »zu der größten Bedrohung der Zeit, einem neuen Autoritarismus«, stimme ich völlig zu. »Den neuen Autoritarismus vor allem gilt es durch phantasievolle Reformen zu verhindern.«<sup>8</sup>

Davon aber ist die herrschende Politik weit entfernt. Sie nimmt im Gegenteil die aus wachsender sozialer Unsicherheit und Ungerechtigkeit resultierende Erosion gesellschaftlicher Bindungen in Kauf und begegnet – soweit ich es sehe – den damit verbundenen sozialen und sozialpsychischen Defiziten innenpolitisch im wesentlichen auf zwei Wegen, für die sie immer wieder – und nicht ohne Erfolg – kampagnehaft einen ideologisch-hegemonialen Resonanzboden zu schaffen sucht. Der eine Weg stellt sich – um eine Formulierung von Rolf Gössner aufzugreifen – dar in der Formel: »Je weniger soziale Sicherheit, desto mehr ›Innere Sicherheit‹.«<sup>9</sup> Der zweite Weg besteht in dem Versuch einer Substitution mehr und mehr ausfallender wirtschaftlich und sozial vermittelter gesellschaftlicher Bindungen durch die Mobilisierung »emotionaler Bindekräfte« der Nation als der – so Wolfgang Schäuble – »Verantwortungs- und Schicksalsgemeinschaft nicht nur aus der Vergangenheit heraus, sondern auch in die Zukunft hinein«<sup>10</sup>, ein Weg, der sich zugleich mit einem Paradigmenwechsel in der Beurteilung unserer jüngsten Geschichte verbindet. Arnulf Baring schreibt: »Eine Gesellschaft, die sich wesentlich aus ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und deren Dividenden rechtfertigt, muß in besondere Schwierigkeiten geraten, sobald die Fähigkeit zu breiter sozialer Bedürfnisbefriedigung nachläßt. Deshalb sollte eine lebenskluge Politik darauf achten, andere, nichtmaterielle Elemente zum Bestandteil eines breiten gemeinsamen Zusammenschlusses zu machen. An ihnen fehlt es bei uns in einem beklagenswerten Ausmaße ... Alle stabilen, nämlich durch gemeinsam überstandene Krisen gehärteten Demokratien – und zu denen gehören wir, wie man inzwischen sieht, trotz aller Meriten des letzten halben Jahrhunderts noch nicht – werden durch tiefere Bindungen zusammengehalten als einen breiten Individualwohlstand und noble Sozialeistungen, wie sie die Bundesrepublik auszeichnen. Sie verbindet die gemeinsame, über die Generationen weitergetragene Erinnerung an große Tage und grausame Zeiten, an Triumphe und Katastrophen, Kriege, Siege und Leiden, Leistungen und Fehlschläge, verbindet der Stolz auf die eigene Sprache, Kultur und Geschichte – ein Erbe, das freie Völker dazu bringt, in kritischen Zeiten zusammenzustehen und für das Ganze selbstlos zu wirken.«<sup>11</sup>

Die Beschwörung einerseits der »Inneren Sicherheit« und ande-

rerseits »nationaler« Bindungen im Sinne eines »Kompensationsgeschäftes« für mehr und mehr ausfallende soziale Ausgleichs- und Stabilisierungsfaktoren mündet in der Formierung eines veränderten ideologischen Selbstverständnisses der Bundesrepublik. Das westorientierte, grundrechtszentrierte, liberaldemokratische und sozial geprägte staats- und verfassungspolitische Grundverständnis weicht immer mehr einem »neuen Patriotismus«, der sich mit einer Rehabilitierung politischer Traditionsbestände verbindet, in denen Sozialismus als sozialökonomisch fundierte Demokratie von jeher als integrierendes Feindbild der Nation galt. Mit einem ideologischen Selbstverständnis der Bundesrepublik, das darauf baut, kann es für demokratische Sozialistinnen und Sozialisten keinen Frieden geben.

- 1 Vgl. A. Brie/M. Brie/J. Dellheim u.a.: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar. Hrsg.: Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V., Berlin 1997, S. 286 ff.; M. Schumann: Erneuerung, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, hrsg. v. W. F. Haug, Bd. 3, Hamburg 1997, Sp. 783f..
- 2 Vgl. U.-J. Heuer: Abschied von der Ideologie?, in: Recht und Ideologie. Festschrift für Hermann Klenner zum 70. Geburtstag, hrsg. von G. Haney/W. Maihofer/G. Sprenger, Freiburg/Berlin 1996, S. 78.
- 3 Zitiert nach G. Zamis, Nachwort zu A. Gramsci: Gedanken zur Kultur, hrsg. von G. Zamis unter Mitarbeit von S. Siemund, Leipzig 1987, S. 271.
- 4 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, in: Doc 3. Dokumente der PDS, Januar 1991 bis Dezember 1994, Hrsg.: PDS-Literaturvertrieb, Berlin o. J., S. 212.
- 5 R. Dahrendorf: Liberale ohne Heimat, in: Die Zeit (Hamburg), Nr. 3, 8. Januar 1998, S. 1.
- 6 Ebenda, S. 4.
- 7 J. Habermas: Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: Ders., Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze 1977 - 1990, Leipzig 1990, S. 120f..
- 8 R. Dahrendorf, a.a.O., S. 4.
- 9 R. Gössner: Grundrechts-Zerfall und Demokratie-Abbau. Auf dem Weg in einen autoritären »Sicherheitsstaat«?, in: Eigentum verpflichtet. Die Erfurter Erklärung, hrsg. von D. Dahn/D. Lattmann/N. Peach/E. Spoo, Heilbronn 1997, S. 118.
- 10 W. Schäuble: Brauchen wir einen neuen Gesellschaftsvertrag?, in: Alternativen zur Standortpolitik, München 1997, S. 201f..
- 11 A. Baring: Deutschland, was nun?, Berlin 1991, S. 176f..